

Kurzportraits der Kandidaten Nathalie Arthaud, Nicolas Dupont-Aignan, Jean Lassalle, Philippe Poutou

(1. April 2022)

Laut aktueller Umfragen werden am 10. April im ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen fast 95 % der Wähler für einen Kandidaten stimmen, der in den Umfragen über 10 % liegt oder von einer etablierten Partei unterstützt wird. Etwas mehr als 5 % möchten Nathalie Arthaud, Nicolas Dupont-Aignan, Jean Lassalle oder Philippe Poutou wählen. Keiner dieser vier Kandidaten wurde vom Sender TF1 zu seiner Fernsehdebatte zu den Präsidentschaftswahlen am 14. März eingeladen, was sie einhellig als Verstoß gegen die Chancengleichheit bezeichneten. Die Verantwortlichen bei TF1 begründeten ihre Entscheidung damit, dass bis zum 28. März für Radio und Fernsehen der Grundsatz von Recht und Billigkeit gelte, nicht aber das Gleichheitsprinzip, das vorschreibt, allen Kandidaten die gleiche Sendezeit einzuräumen. Auch wenn den Vieren an diesem Abend die Gelegenheit verwehrt wurde, sich einem großen Publikum zu präsentieren, verfügen sie in den französischen Medien über eine hohe Sichtbarkeit und können sich auf eine treue Stammwählerschaft verlassen.

Nathalie Arthaud (* 1970) tritt zum dritten Mal für die Partei *Lutte Ouvrière (LO)* an. Sie ist Lehrerin für Wirtschaft und Management und unterrichtet auch während ihres Wahlkampfes in einem Lycée nahe bei Paris. *LO* beruft sich auf die Ideen Leo Trotzki und sieht die Arbeiterklasse in einer zentralen gesellschaftlichen Rolle, nur deren Ausbeutung ermögliche Firmen und Aktionären immer größere Gewinne. Deshalb fordert Arthaud ein Kündigungsverbot und die Umverteilung der Arbeit auf alle Arbeitnehmer ohne Lohnverluste für die Beschäftigten und damit die Abschaffung der Arbeitslosigkeit. Zusätzlich sollen die Angestellten die Kontrolle über ihre Unternehmen bekommen, um zu gewährleisten, dass Unternehmensentscheidungen nicht gegen das Wohl der Beschäftigten getroffen werden. Um allen Bürgern ein würdiges Dasein zu gewährleisten, sollen Gehälter generell um 300 € bzw. Gehälter und Renten auf mindestens 2.000 € netto angehoben werden, das Regelrenteneintrittsalter soll auf 60 Jahre gesenkt werden. Die Mehrwertsteuer soll nur noch für noch für Luxusprodukte erhoben werden, da sie wegen ihrer einheitlichen Höhe für alle die ungerechteste aller Steuern sei.

Auch für **Nicolas Dupont-Aignan** (* 1961), ist es die dritte Kandidatur für die von ihm 2007 gegründete Partei *Debout la France (DLF)*. Er hat Politik- und Wirtschaftswissenschaften sowie Jura studiert und ist Absolvent der *École nationale d'administration (ENA)*. 1989-1995 war er in der Zivilverwaltung und in Ministerien tätig, von 1995 - 2017 Bürgermeister der Stadt Yerres und ist seit 1997 Mitglied der Assemblée Nationale, bis 2007 für verschiedene Rechtsparteien, ab 2007 für *DLF*. Er sieht sich in der Tradition Charles de Gaulles und fordert, dass die EU durch eine Gemeinschaft autonomer Staaten ersetzt wird, das Abkommen zur Freizügigkeit der Arbeitnehmer innerhalb der EU ausgesetzt wird und Grenzkontrollen wiedereingeführt werden. Um die nationale Wirtschaft zu fördern, soll die öffentliche Hand ihren Bedarf zu 75 % aus heimischer Produktion decken, auf allen im Handel erhältlichen Produkten soll kenntlich gemacht werden, zu was für einem Anteil sie in Frankreich produziert wurden. Wie die anderen Kandidaten des rechten Spektrums tritt Dupont-Aignan dafür ein, die Regelung abzuschaffen, dass jeder, der in Frankreich geboren wird, automatisch ein Anrecht auf die französische Staatsbürgerschaft erhält. Für Häftlinge, die wegen terroristischer Straftaten verurteilt wurden oder werden, will er auf den Kerguelen eine Strafkolonie einrichten. Im Wahlkampf 2017 inszenierte sich Dupont-Aignan als „saubere“ Alternative zu François Fillon und Marine Le Pen und erreichte so 4,7 % der Stimmen. Vor dem zweiten Wahlgang 2017 nahm er dann allerdings das Angebot Marine Le Pens, im Falle ihres Wahlsiegs unter ihr Premierminister zu werden, an und rief zu ihrer Wahl im zweiten Wahlgang auf.

Jean Lassalle (* 1955) ist zum zweiten Mal Kandidat seiner Bewegung *Résistons !*. Er ist ausgebildeter Agrartechniker, war von 1977 - 2017 Jahren Bürgermeister einer Gemeinde mit heute 136 Einwohnern in den westlichen Pyrenäen und ist seit 2002 Mitglied der Assemblée Nationale. 2018 hat er sich hier der *Groupe Libertés et territoires* angeschlossen, der 18 Abgeordnete der gemäßigten Linken und Rechten angehören. Als Ziele seiner Kandidatur nennt er u.a., den ländlichen Raum zu stärken, die *Electricité de France*, die Autobahnen und Rüstungsunternehmen zu verstaatlichen, die EU in ein Europa der Nationen umzuwandeln und einen obligatorischen Zivil- oder Militärdienst für Jugendliche einzuführen, um den sozialen Zusammenhalt zu stärken. Aufgeben möchte er den Ausbau der Windenergie, die Nachhaltigkeit der Sonnenenergie will er kritisch prüfen lassen, fördern möchte er den Ausbau einer modernen Atomenergieproduktion.

Philippe Poutou (* 1967), Kandidat der *Nouveau Parti anticapitaliste (NPA)*, hat die Schule ohne Abschluss verlassen und arbeitete als Mechaniker im Ford-Werk nahe Bordeaux bis zu dessen Schließung im Jahr 2019, seit 2020 ist er Mitglied des Stadt- und des Metropolrats Bordeaux. Für die *NPA*, die sich als eine antikapitalistische, marxistische, antirassistische, ökologische und feministische Partei bezeichnet, ist er zum dritten Mal Präsidentschaftskandidat. Die *NPA* strebt einen revolutionären Wandel der Gesellschaft und das Ende der Marktwirtschaft an. Wichtige Ziele Poutous sind die Einführung einer Vier-Tage-Woche bei vollem Lohnausgleich, mit einer Gesamtarbeitszeit von 32, mittelfristig 28 Stunden. Wie Nathalie Arthaud verlangt er, Kündigungen grundsätzlich zu verbieten. Den Mindestlohn möchte er auf 1.800 € netto anheben, alle Gehälter um 400 €. Unter seiner Präsidentschaft sollen alle das Recht haben, sich niederzulassen wo sie wollen, außerdem sollen alle Ausländer ohne gültigen Aufenthaltsstatus eine Aufenthaltsgenehmigung erhalten. Gesundheitsfürsorge, alle Bildungsangebote und öffentlicher Verkehr sollen für alle kostenlos angeboten werden, private Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen sollen verstaatlicht werden.